

Gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen der CDU Recke/Steinbeck, der SPD Recke und der Partei FDP-Recke zur ergänzten Beschlussvorlage 124/2021 „Erklärung der Gemeinde Recke zum Umgang mit Flüchtlingen“
November 2021

Auf den Antrag der Partei Die Linke „Die Gemeinde Recke wird ein „Sicherer Hafen““ und der darauf bezogenen Verwaltungsvorlage möchten wir nach erster Beratung im AOSSK umfangreicher reagieren und daher vorab folgende Stellungnahme mitteilen.

Die Linke stellte im letzten Jahr einen Antrag, der weitgehend einer Vorlage der Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ entsprach und sich ursprünglich auf die Problematik der Rettung von in Seenot geratenen flüchtenden Menschen auf dem Mittelmeer bezog.

Die ebenfalls im Antrag genannten Zustände in griechischen Flüchtlingslagern sind zwar inzwischen durch einen Neubau auf der Insel Samos, dem weitere folgen sollen, verbessert, aber vor allem wegen erheblicher Freiheitseinschränkungen der aufgenommenen Menschen nicht akzeptabel.

Auch aktuell bedingen die Fluchtrouten über das Mittelmeer, insbesondere von Nordafrika ausgehend, die sehr hohe Gefahr des entsetzlichen Todes durch Ertrinken. Die benannten Probleme gehen uns alle an, jedoch halten wir die in der Verwaltungsvorlage enthaltenen Forderungen nicht für geeignet, als Kommune auf die weiterhin ernste Lage zu reagieren.

Die Verwaltungsvorlage sieht vor, dass sich der Gemeinderat mit den Zielen der Seebrücke solidarisiert. Wir haben jedoch Zweifel, ob wir der Organisation Seebrücke vertrauen können und inwieweit sie politische Ziele über den Problembereich von Flucht und Migration hinaus verfolgt, die wir nicht mittragen. Zwar verweist die Seebrücke auf eine breite Unterstützung durch anerkannte soziale Organisationen, darunter auch Kirchen, jedoch ist unklar, wer die politische Ausrichtung der Seebrücke bestimmt und deren überörtliche Statements und Aktionen organisiert. Am 16.09.21 hatte die Seebrücke unter dem Titel „Wir klagen an! Menschenrechte sind #unverhandelbar“ ein Mosaik aus 48.000 Bildern auf der Wiese des Deutschen Bundestages ausgelegt, die die Worte „Menschenrechte sind #unverhandelbar“ bildeten. Soweit sich erkennen ließ, bestanden die Bilder aus Portraits offenbar aller Bundespolitiker von CDU, SPD und FDP, darunter Bundeskanzlerin (komm.) Angela Merkel, Außenminister (komm) Heiko Maas, der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Alexander Graf Lambsdorff, Karl Lauterbach, Olaf Scholz und viele weitere.

In der Beschreibung dieser Aktion auf Twitter werden diese Politiker mit dem Wort „Menschenrechtsverhinderer“ benannt. Die Seebrücke Oldenburg schrieb gar: „Ein #Mosaik der Grausamkeit. Mit Menschen, denen Menschenrechte s...egal sind.“

Es bleibt der Seebrücke unbenommen, eine durch die Fotoaktion deutlich gewordene Position einzunehmen. Wir empfinden diese Form des politischen Diskurses allerdings als völlig undifferenziert und für die Weiterentwicklung besserer Bedingungen für geflüchtete Menschen schädlich. Wir möchten uns von der Organisation Seebrücke distanzieren.

Wenn auch kein anderes Land der europäischen Union laut UNHCR (Stand 2020) absolut und proportional zur Bevölkerung so viel geflüchtete Menschen aufgenommen hat wie Deutschland, wird die Flüchtlingspolitik der letzten Jahre von allen im alten und neuen

Bundestag vertretenen demokratischen Parteien als unzureichend eingeschätzt. Von Menschenrechtsverhinderern zu sprechen ist allerdings nicht redlich.

In der Verwaltungsvorlage heißt es analog zu einer der Kernforderung des Antrags der Linken: „Die Gemeinde Recke stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden in Aussicht.“

Zu dieser Forderung wird kein nachvollziehbarer Begründungszusammenhang dargestellt. Als Reaktion auf die beschriebene Problemlage der Seenotrettung ist diese Maßnahme für sich betrachtet nicht zielführend. Sie trägt nicht dazu bei, dass sich weniger Menschen auf riskante Fluchtrouten in Lebensgefahr begeben.

Zum Thema sichere Fluchtrouten gibt es durchaus wirksame Konzepte, die Teil der aktuellen politischen Diskussion sind. Hervorzuheben sind die Arbeiten des Migrationsforschers Gerald Knaus, Mitbegründer der European Stability Initiative. Diese sehen, sehr vereinfacht gesprochen, vor, mit relevanten Ländern über Visazugänge, Aufenthaltsgewährung und geregelte Rückführung zu verhandeln. Es ist bemerkenswert, dass eine derart öffentlichkeitswirksame Aktion wie die Seebrücke, die ein Projekt des gemeinnützigen Kampagnebüros Mensch Mensch Mensch e.V. ist, darauf weder positiv noch negativ Bezug nimmt.

Sowohl als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes als auch als Mitglieder des Gemeinderates Recke bekennen wir uns zur humanitären Verantwortung, die sich aus dem Grundgesetz, aus der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt.

Menschen, die als Geflüchtete zu uns kommen, werden bei uns selbstverständlich menschenwürdig aufgenommen und versorgt. Dazu trägt, wie die letzten Jahre zeigen konnten, die Bevölkerung unserer Gemeinde maßgeblich bei, der wir in besonderem Maße zu Dank verpflichtet sind. Denn geflüchteten Menschen einen sicheren Hafen zu gewähren kommt nicht durch den Beschluss eines Stadt- oder Gemeinderats zustande, sondern durch tatkräftige Hilfe in Verwaltung und Bevölkerung.

Die aktuelle Diskussion über die weitere Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa verweist auf eine Polarisierung zwischen Abschottung auf der einen Seite und Hilfe durch geordnete Verfahren auf der anderen Seite. Letzteres ist Ziel unserer Parteien. Dazu gehört die Verbesserung legaler Fluchtwege.

Eine weitere Möglichkeit, um geflüchteten Menschen in Not zu helfen, ist die Ausweitung von so genannten Resettlementprogrammen, also der Neuansiedlung von Menschen die durch den UNHCR einen besonderen Status der Schutzwürdigkeit erhalten. (Siehe dazu beispielsweise: <https://resettlement.de/>).

Unser Land hat bereits viele solcher Programme durchgeführt und führt sie auch aktuell durch. Eine Ausweitung dieser Programme würde von uns begrüßt. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik Kanadas wird bezüglich Resettlement häufig als probates Beispiel genannt. Das Land hat sich zum Ziel gesetzt jährlich 0,05 % der Bevölkerung über Resettlements aufzunehmen. Das wären bezogen auf Recke fünf bis sechs Menschen. Eine Beteiligung an derartigen Programmen könnte bei konkreter Kenntnis der Erfordernisse von uns beraten werden.

Zudem regen wir an, auf unserer Gemeinde-Homepage über Programme ziviler Hilfeprogramme zu informieren. Dazu gehört beispielsweise das staatlich-gesellschaftliche Aufnahmeprogramm „Neustart im Team“ (NesT), <https://www.neustartimteam.de/>, das über Mentoringgruppen helfen möchte, besonders schutzbedürftigen geflüchteten Menschen in Deutschland das Ankommen zu erleichtern.

An der Entwicklung dieses Programms haben sich bisher neben staatlichen Stellen u.a. der Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband, die Diakonie Deutschland, der Paritätische Gesamtverband, die evangelische sowie katholische Kirche, die Stiftung Mercator, die Bertelsmann Stiftung sowie Porticus beteiligt.

Wir empfehlen unseren Ratskolleginnen – und kollegen, dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.